

19. Februar 2016

Gemeinsame Erklärung der Stahlstandorte Ostdeutschlands



- des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg
- des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
- des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
- der IG Metall, Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen
- der IG Metall, Bezirksleitung Mitte
- der Wirtschaftsvereinigung Stahl



Bezirk
Berlin-Brandenburg
Sachsen



(1) Für eine starke und wettbewerbsfähige Stahlindustrie

Stahl in Ostdeutschland hat eine bewegte Vergangenheit und in vielen kritischen Situationen haben die Länder Brandenburg, Sachsen und Thüringen, IG Metall und die Unternehmen für den Erhalt und den Erfolg der Betriebe Hand in Hand gearbeitet. Die Stahlindustrie stellt sich den zentralen Zukunftsaufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft und somit auch der Energiewende und dem Klimaschutz. Stahl als voll recyclefähiger Grundstoff bildet für viele innovative Produkte die Basis und ist in vielen industriellen Wertschöpfungsketten integraler Bestandteil – von der Forschung bis zur Fertigung. Die Stahlstandorte in Ostdeutschland bilden einen industriellen Kern in meist strukturschwachen Regionen und sorgen damit für regionale Beschäftigung weit über die direkt Beschäftigten hinaus. Arbeitsplätze und Standorte dürfen deshalb nicht politisch bedingt durch einen verschärften Emissionsrechtehandel sowie unfaire Wettbewerbsbedingungen gefährdet werden.

In Brandenburg, Thüringen und Sachsen werden gegenwärtig 6,2 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt. Das entspricht ca. 14 Prozent der Produktion in Deutschland. In der Stahlindustrie in Ostdeutschland sind 8.200 Menschen direkt beschäftigt und erzeugen bzw. verantworten damit eine gesamtwirtschaftliche Beschäftigung von 53.300 Arbeitsplätzen deutschlandweit.

(2) Energie- und Klimaschutzpolitik

Die Wirtschaftsministerien der Länder Brandenburg, Sachsen und Thüringen, die Wirtschaftsvereinigung Stahl und die IG Metall, Bezirke Berlin-Brandenburg-Sachsen und Mitte, bekennen sich zur Energiewende und werden sich aktiv in ihre weitere Ausgestaltung einbringen. Zielstellung dabei ist die Verringerung des CO₂-Ausstoßes und die Einhaltung internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz. Dabei ist die Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien, inklusive der erforderlichen Systemintegration der erneuerbaren

Energien, ein wichtiger Schwerpunkt. Daneben werden aber nach wie vor die konventionellen Energien noch für einen längeren Zeitraum zur Gewährleistung einer zu jeder Zeit sicheren und preiswürdigen Versorgung gebraucht.

Aus Sicht der ostdeutschen Länder, der IG Metall und der ostdeutschen Stahlstandorte ist es erforderlich, die Kosten des energiewendebedingten Netzausbaus deutschlandweit stärker zu verteilen und den Unternehmen Energie bzw. Strom zu international wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Der Einsatz der Bundesregierung für die Beibehaltung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird begrüßt. Notwendig ist aber auch die dauerhafte Befreiung der in der Stahlindustrie typischen Eigenstromerzeugung auf Basis von Kuppelgasen und anderer Restenergien von der EEG-Umlage für Bestands- und Neuanlagen, da diese ökologisch sinnvoll ist.

Energieintensive Branchen wie die Stahlindustrie haben schon aus Kostengründen ein fortwährendes Interesse, ihre Energieeffizienz zu verbessern. Die Stahlindustrie in Deutschland hat seit 1990 ihren Energiebedarf je Tonne Stahlfertigerzeugnis um 20 Prozent und die entsprechenden spezifischen CO₂-Emissionen um knapp 22 Prozent verringert. Mittlerweile sind bei Energieverbrauch und CO₂-Emissionen jedoch prozessbedingte Grenzen erreicht.

Auch vor diesem Hintergrund betrachten die Unterzeichner die Vorschläge der Europäischen Kommission zur künftigen Ausgestaltung des EU-Emissionsrechtehandels mit großer Sorge. Die vorgesehene starke Verknappung der freien Zuteilung von Zertifikaten für die energieintensiven Branchen würde eine drastische Kostensteigerung und Wettbewerbsverzerrung für die Stahlindustrie bedeuten.

In der Konsequenz könnte diese Entwicklung existenzgefährdende Ausmaße für die Stahlunternehmen und nicht absehbare Folgen für die industrielle Wertschöpfungskette nach sich ziehen. Der Emissionshandelsvorschlag muss daher überarbeitet werden, um der Stahlindustrie auch künftig eine wettbewerbsfähige Produktion, Investitionsperspektiven und damit Sicherheit für die Beschäftigten zu ermöglichen. Die Zuteilung im Emissionshandelssystem muss so bemessen werden, dass die zehn Prozent der CO₂-effizientesten Anlagen in der Stahlindustrie eine vollständig kostenfreie Zuteilung der Zertifikate erhalten. Eine darüber hinausreichende pauschale Kürzung der Benchmarks oder ein Korrekturfaktor dürfen nicht zur Anwendung kommen. Die emissionshandelsbedingten Stromkostenerhöhungen müssen für stromintensive Prozesse wie die Stahlproduktion kompensiert werden.

(3) Globaler Handel

Die Stahlindustrie befindet sich weltweit in einer Krise. Ursächlich ist der Einbruch der Stahlpreise, bedingt durch den massiven Anstieg der Exporte zu Tiefstpreisen vor allem aus dem fernöstlichen Raum, ein Resultat massiver Überkapazitäten.

Die Partner sehen mit Sorge, dass die chinesische Stahlindustrie mit offensichtlich gedumpte bzw. subventionierten Produkten den fairen Wettbewerb behindert.

Ein effektives Handelsschutzinstrumentarium der EU ist gerade jetzt unverzichtbar, um die bestehenden Verzerrungen im internationalen Handel auszugleichen. Notwendig ist daher eine europäische Außenhandelspolitik, deren Instrumente konsequent, effektiv und mit der gebotenen Schnelligkeit ausgeschöpft werden, um Schaden von der Industrie abzuwenden.

Zugleich wäre es in dieser Situation absolut kontraproduktiv, das handelspolitische Instrumentarium durch die Vergabe des Marktwirtschaftsstatus an China noch weiter zu schwächen. Wird China dieser Status von der EU zuerkannt, verlieren die EU-Handelsschutzmaßnahmen noch weiter an Wirksamkeit. Eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft muss von der Erfüllung der fünf Kriterien abhängig sein, die die EU selbst als Voraussetzungen hierfür definiert hat: Keine staatliche Verzerrung von Privatisierungsverfahren, kein Regulierungseinfluss auf Unternehmen, diskriminierungsfreies Gesellschaftsrecht, wirksames Insolvenzrecht und Verfahren zum Schutz geistigen Eigentums sowie die Unabhängigkeit des Finanzsektors. Diese Kriterien sind bisher nicht erfüllt.

(4) Mitbestimmung

Die Mitbestimmung, insbesondere die Montanmitbestimmung, hat sich als Standortfaktor bewährt und trägt zur Sicherung und Stabilität der ostdeutschen Stahlindustrie bei. Neue Herausforderungen sind vor diesem Hintergrund auch künftig sozialpartnerschaftlich und in enger Abstimmung mit der Politik zu bewältigen. Grundlage ist dabei stets das gemeinsame Interesse am wirtschaftlichen Erfolg der Stahlindustrie und an der Absicherung und dem Ausbau von Beschäftigung auch in den Wertschöpfungsketten. Der hohe Anteil an Facharbeitern in den ostdeutschen Stahlwerken steht für die Herstellung hochwertiger Produkte. Die Einbindung von Gewerkschaften und Betriebsräten in die nachhaltige Standortentwicklung stellt in transnational aufgestellten Konzernen ein Alleinstellungsmerkmal dar, dessen Potenziale es zu nutzen gilt.

(5) Forschung und Entwicklung

Für die Stahlindustrie in Ostdeutschland steht Innovation in besonderem Maße für Zukunftsfähigkeit. Deshalb sind Forschung und Entwicklung unabdingbar, wenn wir den Werkstoff Stahl nachhaltig gestalten wollen. Regionale Forschungsnetzwerke tragen mit ihrem Know-how, der hohen Beteiligung von Unternehmen und Institutionen entscheidend dazu bei, dass Stahl seine Innovationskraft weiter ausspielt. Hier sind insbesondere die ostdeutschen Universitäten und Hochschulen sowie die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen wichtige Partner bei der Ausbildung von zukünftigen Ingenieuren und bei der Forschung.

Moderne und hochfeste Stähle für den Automobil- und Konstruktionsbereich sind ohne Forschung nicht möglich – die Ergebnisse dieser Bemühungen haben geführt, dass innovative Stähle in ihrer Anwendung – von Autos bis zu Windrädern, Gebäuden und Maschinen – dazu beitragen, CO₂-Emissionen deutlich zu senken.

(6) Akzeptanz

Die Unterzeichner stehen für weitere Zukunftsinvestitionen in die Stahlindustrie. Sie wollen die Unternehmen unterstützen und für Akzeptanz in der Bevölkerung werben. Dabei kommt es darauf an, die Argumente und Ängste kritischer Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und frühzeitig umfassend zu informieren, um in offenen Diskussionen nach fairen Lösungen zu suchen. Dabei gilt es aber auch, die mit Industrieprojekten und Innovationen verbundenen Chancen heraus zu stellen.

Produkte und Technologien der Industrie gründen sich auf ein breites Verständnis in der Bevölkerung. Sie tragen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen bei. Neue Anlagen zur Produktion und der Aus- und Umbau von Infrastrukturen bedürfen gesellschaftlicher Akzeptanz.

(7) Fazit

Die Stahlindustrie ist technologisch und qualitativ mit ihren Produkten hervorragend aufgestellt. Sie ist die Werkstoffbasis für leistungsstarke und innovative Wertschöpfungsnetzwerke. Dabei bekennt sie sich zu ihrer umwelt- und sozialpolitischen Verantwortung und dem weiteren Ausbau von nachhaltigen Produktionsprozessen. Die Unterzeichner sind sich darin einig, dass politische und rechtliche Rahmenbedingungen – wie insbesondere im europäischen Emissionshandel oder dem EEG – so gesetzt werden müssen, dass Nachteile gegenüber internationalen Wettbewerbern vermieden, Investment-Leakage aus den Industriestandorten in Europa und Deutschland verhindert und das Ziel der Europäischen Kommission einer Reindustrialisierung nicht gefährdet werden.

Eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft muss von der Erfüllung der bereits genannten Kriterien der EU abhängig sein.

Die Unterzeichner setzen sich daher mit Nachdruck in Berlin und Brüssel für den Erhalt einer starken Industrie ein. Nur eine wettbewerbsfähige Industrie kann sich substanzerhaltende und zukunftssichernde Investitionen sowie eine nachhaltige Forschung und Entwicklung leisten.

Albrecht Gerber
Minister für Wirtschaft
und Energie
des Landes Brandenburg

Martin Dulig
Staatsminister für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr des Freistaates
Sachsen

Wolfgang Tiefensee
Minister für Wirtschaft,
Wissenschaft und Digitale
Gesellschaft des Freistaates
Thüringen

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident der
Wirtschaftsvereinigung
Stahl

Olivier Höbel
Bezirksleiter IG Metall
Berlin-Brandenburg-
Sachsen

Jörg Köhlinger
Bezirksleiter
IG Metall Mitte